

Perfide



Sabine Doll
über Abrechnungsbetrug

Behandlungen, die nie stattgefunden haben, manipulierte Rezepte, ambulante Therapien, die als stationär abgerechnet werden – das Spektrum des Betrugs im Gesundheitswesen ist riesig. Experten gehen davon aus, dass sich der jährliche Schaden in Deutschland auf mehrere Hundert Millionen Euro beläuft. Transparency International spricht gar von bis zu 20 Milliarden Euro, werden Korruption und Verschwendung dazu gezählt. Das ist der wirtschaftliche Schaden, der dem System durch kriminelle Machenschaften von Pflegediensten, Ärzten und anderen Anbietern zugefügt wird. Es gibt indes noch eine Ebene.

Es ist perfide, wie mit höchster krimineller Energie das Vertrauen hilfebedürftiger Menschen ausgenutzt wird, um sich zu bereichern. Die Menschen befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis, sind auf fremde Hilfe angewiesen und können nicht mal eben den Anbieter wechseln. Deshalb ist es richtig, dass jetzt unangemeldete Kontrollen und Ermittlerteams gegen Abrechnungsbetrug gefordert werden. Die Bremer Prüfgruppe der Krankenkassen beweist, dass die gezielte Verfolgung mit Spezialisten erfolgreich ist.

Berichte Seiten 1 und 9
sabine.doll@weser-kurier.de



Mario Lars

Versickert



Silke Looden
über Nitrat im Wasser

Allen Beteuerungen zum Trotz ist die Nitratbelastung des Wassers in Deutschland nicht gesunken. Zwar müssen Landwirte in Niedersachsen seit drei Jahren ihre Gülle und Gärreste melden, doch die Menge sagt noch nichts über den Verbleib aus. Nitrat wird weiter auf die Felder verteilt, ganz egal, ob die Pflanzen diese Unmengen aufnehmen können. Was zu viel des Guten ist, versickert im Boden und belastet das Wasser. Der eigentlich wertvolle Nährstoff gerät zum Bumerang für Umwelt und Gesundheit. Inzwischen ist der Grenzwert für Nitrat an jeder zweiten Grundwasser messstelle in Niedersachsen überschritten. Es ist also nur konsequent, dass die EU-Kommission Deutschland wegen der Missachtung der Nitratrichtlinie verklagt.

Es ist unerklärlich, dass sich das Landwirtschaftsministerium in Berlin mehr als zwei Jahre Zeit lässt, um die Bauern mit einer Novellierung der Düngerverordnung in die Schranken zu weisen. Die freiwilligen Vereinbarungen mit den Landwirten haben nicht genug gebracht. Es ist an der Zeit, die Verursacher für die hohe Nitratbelastung des Wassers zu sanktionieren. Andernfalls muss Deutschland und damit der Steuerzahler hohe Strafen an die EU zahlen.

Bericht Seite 11
silke.looden@weser-kurier.de

Die schwarze Null als Lebensaufgabe



Silke Hellwig
über Steuereinnahmen

Wolfgang Schäuble im Glück: Der Bundesfinanzminister kann – anders als viele seiner Vorgänger und EU-Kollegen – ein ums andere Jahr auf Steuermehreinnahmen bauen. 2015 wurde ein Rekordüberschuss von mehr als 19 Milliarden Euro für Bund, Länder und Gemeinden gemeldet. Für dieses Jahr haben Steuerschätzer fünf Milliarden Euro mehr errechnet als im Herbst prognostiziert, zwei Milliarden Euro allein für den Bund. 2017 sollen es zweieinhalb Milliarden sein. Bis 2020 soll das Plus weiter anwachsen. Obendrein profitieren staatliche Haushalte umfangreich von der Nullzinspolitik.

Freut sich der Bundesfinanzminister, freut sich der Bürger. Ministerpräsidenten und Bürgermeister freuen sich auch. In erster Linie handelt es sich allerdings um Vorfreude – sie hoffen darauf, vom Plus zu profitieren. Die einen spekulieren auf Steuererleichterungen, die anderen auf höhere Zuweisungen, beispielsweise um die finanziellen Lasten für Flüchtlinge stemmen zu können. Schäuble hat indes mit seinem Vorgänger gemein, alles andere als großzügig zu sein, Mehreinnahmen hin oder her. Kaum standen die neuen Schätzungen im Raum, wehrte er alle Begehrlichkeiten ab. Es kann nur noch eine Frage der Zeit sein, bis er – wie zuvor Sozialdemokrat Hans Eichel – zum „Ehrenschwaben“ ernannt wird. Den Spitznamen „der eiserne Hans“ musste sich Eichel gegen Widerstände hart ersparen. Als die Versteigerung der UMTS-Lizenzen 100 Milliarden Mark in

den Haushalt spülte, ließ der Sozialdemokrat die Bundesländer leer ausgehen. Hessen, Bayern und Baden-Württemberg – unionsregiert – zogen nach Karlsruhe, um ihren Anteil einzuklagen. Vergebens.

Wolfgang Schäubles Lebenswerk ist die schwarze Null. Das erste Mal seit 1969 konnten die Ausgaben 2014 ohne neue Kredite finanziert werden. Schäubles Vorgänger gratulierten. Aber dem Minister reicht das nicht – die schwarze Null soll unter der Ägide der Schwarzen im Finanzministerium zum Dauerzustand werden. Auch in diesem Jahr, trotz der zusätzlichen Ausgaben für Flüchtlinge, trotz aller Wünsche.

Freut sich
der Bundesfinanzminister,
freut sich
der Bürger.

Geiz kann von Verantwortung zeugen und der Generationengerechtigkeit dienen; die Schulden, die bereits den finanziellen Spielraum unsere Kinder und Enkel beschneiden werden, schwellen nicht noch weiter an. Oder handelt es sich mittlerweile um blinden Eifer? Es gäbe genug zu finanzieren, das weit von Luxus entfernt ist: Die Infrastruktur müsste ausgebaut, marode Straßen und Brücken müssten saniert, Schulen und Universitäten üppiger ausgestattet werden, von mehr Kindergeld, Transferleistungen und kostenlosen Betreuungseinrichtungen für den Nachwuchs ganz zu schweigen. Und eben: von Ausgaben für Flüchtlinge, die Kommunen wie Bremen zusätz-

lich und unvermutet strangulieren. Man sollte meinen, dass sich gerade die CDU mit ihrem Finanzminister auseinandersetzen muss. Angela Merkels „Wir schaffen das“ hallt nach – trotz diverser Kurskorrekturen in den vergangenen Wochen. Dafür muss die CDU die Verantwortung übernehmen. Momentan gelingt das, weil die Zuversicht auf einer guten Konjunktur samt entsprechendem Konsumklima fußen kann. Man mag sich nicht ausmalen, wie Zuwanderung dieser Größenordnung in Krisenzeiten aufgenommen worden wäre. Die gute wirtschaftliche Lage wiederum macht Deutschland für Flüchtlinge attraktiv. Der „Spiegel“ stellte just in einer satirisch-provokativen Kolumne fest: „Uns geht es wirtschaftlich relativ gut, das lockt an. Höchste Zeit, mal wieder übers Kriseln nachzudenken.“ Dumm nur, „dass man die Konjunktur ja nicht im Bundestag schnell kippen oder durch freudloses Auftreten eintrüben kann“.

Es drängt sich auf, mit dem Steuerplus Kommunen bei der Versorgung von Flüchtlingen finanziell weiter zu entlasten: Es sind die Städte und Gemeinden, die – weit entfernt vom Bundeskanzleramt – die eigentliche Integrationsarbeit leisten. Es kann dem friedlichen Miteinander nicht dienlich sein, wenn Bürger zu spüren bekommen, dass Integrationskosten durch Einsparungen andernorts erwirtschaftet werden müssen. Obendrein ist es dringend geboten, auch anderen Menschen ohne Perspektive und Ausbildung mehr Aufmerksamkeit finanzieller und ideeller Art zukommen zu lassen. Das Sozialpaket kann nur ein Anfang sein. Das ist ebenfalls ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit: dafür zu sorgen, dass das Land nicht in Parallelgesellschaften zerfällt.

silke.hellwig@weser-kurier.de

Frankfurter Rundschau

zur SPD-Kanzlerkandidatur: „Wenn es stimmt, dass Gabriel bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2017 warten will mit der Kandidatenkür, dann wäre das ein falsches Zeichen. Zumal es ohnehin irritierend ist, dass ein Parteichef nicht selbstverständlich die Kandidatur für sich reklamiert. Gabriel hat 2013 Peer Steinbrück die Kandidatur überlassen. Das war ein Fehler, er sollte ihn nicht wiederholen. Was immer man ihm an Sprunghaftigkeit und Leichtfertigkeit vorwerfen mag – jetzt wäre ein schneller, vielleicht einsamer Entschluss mal gut.“

Hessische Allgemeine

zu ADAC: Warum sind so viele Autofahrer im ADAC? Weil sie im Ernstfall mit schneller und kompetenter Pannenhilfe rechnen können, weil sie über neue technische Entwicklungen informiert sein möchten, weil sie Preisvergleiche und Service rund ums Auto schätzen. Rat und Tat haben den ADAC einst groß gemacht, zu diesen Wurzeln sollte er zurückfinden, wenn er überleben will. Deswegen ist es ein richtiger erster Schritt, diese Kernkompetenz in der Vereinssparte zu bündeln und restlichen Ballast in andere Rechtsformen zu überführen. Damit einhergehen müssen mehr Transparenz und Mitbestimmung.

KORREKTUR

Nein, wir haben keinen Mr. und auch keine Mrs. X in der Redaktion. Auf der Seite „Auf einen Kaffee“ im KURIER AM SONNTAG haben wir ein Interview geführt mit Gary Zörner, einem Experten für Wohngifte aus Delmenhorst, und geschrieben: „Das Interview führte XXXX.“ Tatsächlich hat das Gespräch Antje Rickmeier geführt. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. PV



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefreporter Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Heide Wagner · Bremen:
André Fesser (Komm.) · Wirtschaft: Philipp Jaklin · Kultur:
Iris Hetscher · Sport: Marc Hagedorn · Regionallitung: Peter Voith
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Layout: Stephan Meinke · Redaktionelle Projekte:
Stefan Dammann · Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Miodoch · Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 31,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:

David Koopmann, Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags
von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungs-
häuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonmentenservice@weser-kurier.de
abonmentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800 / 36 71 22 2 *
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Nachhaltig einkaufen – ein Muss für Städte und Länder

Christopher Duis über die Marktmacht der öffentlichen Hand

Wenn es ums Einkaufen geht, steht der öffentlichen Hand ein stattliches Budget zur Verfügung: Fast 400 Milliarden Euro sind es bundesweit – etwa 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im täglichen Geschäft greifen diese Marktmacht auf eine umfangreiche Produktpalette zurück: Büromaterial, Fahrzeuge, Computer, Dienstbekleidung, Pflastersteine und Lebensmittel – warum sollten öffentliche Einrichtungen diese Marktmacht also nicht nutzen, um sozial und ökologisch nachhaltig einzukaufen? Schließendlich ist es auch immer mehr Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern wichtig, dass sie Konsumgüter

erwerben, bei deren Herstellung die Natur geschont wird – und Fabrikarbeiterinnen und Kleinbauern einen existenzsichernden Lohn erhalten.

Denn: Berichte aus China, Indien oder dem Kongo zeigen drastisch, dass unsere Nachfrage in anderen Teilen der Welt verheerende Auswirkungen auf die Umwelt und die Arbeitsbedingungen von Menschen hat. Gleichwohl werden die wenigsten Einkaufsvorgänge unter Beachtung nachhaltiger Kriterien getätigt. Dabei ist die Ausgangslage gar nicht so schlecht: Die EU-Kommission, die bekanntlich keine Freundin von Markteingriffen ist, erlaubt in ihrer jüngsten Vergaberichtlinie ausdrücklich die Beachtung sozialer und ökologischer Kriterien. Doch die Umsetzung scheitert häufig auf der untersten Ebene – dort, wo die Einkäufer das benötigte Produkt erwerben. Dies geschieht aufgrund von

Informationsdefiziten, Budgetzwängen oder politischen Vorgaben.

Was wir brauchen, ist eine koordinierte Vorgehensweise im Bund und auf Landesebene, bestehend aus klaren politischen Zielsetzungen, die von einer entsprechend geschulten Verwaltung umgesetzt werden. Bremen hat mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz aus dem Jahr 2009 sehr früh weitreichende soziale und ökologische Vorgaben beschlossen. Viele andere Bundesländer haben in den letzten Jahren nachgezogen.

Doch auch in Bremen haben sich die gesetzlichen Regelungen noch nicht überall herumgesprochen. Ein einfaches Beispiel gefällig? Eigentlich dürften an Bremer Schulen keine Sportbälle mehr ohne Nachweis einer sozial verträglichen Produktion eingesetzt werden. So schreibt es die Bremische Kernarbeitsnormenverordnung vor, die weitere Produkte wie

Tee, Kaffee, Natursteine oder Dienstbekleidung einbezieht. Sollten Sie Kinder haben, die zur Schule gehen, fragen Sie mal nach, ob die Bälle einen solchen Nachweis besitzen. Die Antwort dürfte wenig zufriedenstellend sein, ist aber nur ein Beispiel dafür, wie groß die Lücke zwischen Theorie und Praxis auch in Bremen noch ist.



Unser Gastautor
ist Geschäftsführer des
Bremer entwicklungspolitischen
Netzwerks und
Vorsitzender der Arbeitsgemein-
schaft der Eine-Welt-
Landesnetzwerke in
Deutschland.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.